ENTEIGNUNG

Wie Sie sich vor dem staatlichen Griff in Ihr Vermögen schützen

EBOOK

KETTNER EDELMETALLE
SEIT 2011

KETTNER EDELMETALLE
SEIT 2011

ENTEIGNUNG

Wie Sie sich vor den Staatlichen Griff in Ihr Vermögen schützen

EBOOK

Vorwort

Die kommenden Jahre und Jahrzehnte werden teuer. Die Staatsverschuldung explodiert, während die Wirtschaftsleistung zurückgeht. Allein die offiziellen Staatsschulden belaufen sich auf 2,5 Billionen Euro. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs: Der renommierte Ökonom Bernd Raffelhüschen hat berechnet, dass die tatsächliche Nachhaltigkeitslücke bei erschreckenden 398,4% des BIP liegt.

Deutschland steht vor gewaltigen Herausforderungen. Die alternde Bevölkerung sorgt für massiv steigende Renten- und Gesundheitskosten, die von immer weniger Erwerbstätigen erwirtschaftet werden müssen. Die Krankenkassenbeiträge steigen 2025 erneut um 0,8 Prozentpunkte - und das ist erst der Anfang.

Zu allem Überfluss verschlingt die „grüne Transformation" der Wirtschaft Unsummen. Zwangssanierungen von Immobilien, der Umbau der Industrie, der Ausbau erneuerbarer Energien - die Kosten gehen in die Billionen. Doch wer soll das alles bezahlen?

Die Antwort ist erschreckend klar: Der Staat wird sich das Geld bei seinen Bürgern holen müssen. Die Vorbereitungen dafür laufen bereits. Das EU-Vermögensregister ab 2025, die neue Überwachungsbehörde AMLA, die Einführung des digitalen Euro - all das sind Instrumente, die einen nie dagewesenen Zugriff auf private Vermögen ermöglichen.

Dieses E-Book zeigt Ihnen, wie Sie Ihr Vermögen vor dem drohenden Staatszugriff schützen können. Wie immer gilt: Prüfen Sie alle Informationen sorgfältig und sprechen Sie vor wichtigen Entscheidungen mit einem Experten Ihres Vertrauens. Wir haben zwar gewissenhaft recherchiert, aber die Verantwortung für Ihre finanziellen Entscheidungen liegt bei Ihnen.

Villingen-Schwenningen, Januar 2025

Dominik Kettner

Jürgen A. Kettner

Was ist Enteignung?

Bei einer **Enteignung** greift der Staat nach Ihrem Eigentum - meist unter dem Deckmantel des „Allgemeinwohls“. Der Enteignete bekommt zwar eine Entschädigung, diese liegt aber häufig weit unter dem tatsächlichen Wert. Es gibt vier Arten der Enteignung, die Sie kennen müssen:

Die klassische Enteignung trifft Einzelpersonen. Ein typisches Beispiel: Der Staat benötigt Ihr Grundstück für den Bau einer Autobahn. Sie werden zum Verkauf gezwungen, ob Sie wollen oder nicht. Die Entschädigung? Oft ein schlechter Witz.

Die Verstaatlichung oder Vergesellschaftung geht noch weiter: Hier überführt der Staat ganze Unternehmen oder Industriezweige in sein Eigentum. Was früher undenkbar schien, wird heute offen gefordert. In Berlin stimmten bereits 56% für die Enteignung großer Wohnungskonzerne. SPD-Politiker Kevin Kühnert träumt sogar von der Verstaatlichung von BMW.

Bei einer Bodenreform oder Landreform beschlagnahmt der Staat Grund und Boden im großen Stil. Die Niederlande machen es vor: Dort werden Bauern unter dem Vorwand des Klimaschutzes enteignet. Auch in Deutschland werden solche Forderungen immer lauter.

Die härteste Form ist die Konfiskation: Der Staat nimmt Ihr Eigentum ohne jede Entschädigung. Bisher kennen wir das nur bei Straftaten. Doch die rechtlichen Möglichkeiten werden systematisch ausgeweitet.

Was sagt das Grundgesetz über Enteignugen?

In Deutschland ist die Enteignung unter anderem in Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes geregelt. Dort heißt es, dass „Eigentum verpflichtet" (Art. 14 Abs. 2) und eine Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit zulässig sei (Art. 14 Abs. 3). Artikel 15 ermöglicht sogar die Verstaatlichung von Unternehmen und somit eine sozialistische Wirtschaftsordnung. Wörtlich steht im Grundgesetz:

Artikel 14

(1) **Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet.** Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) **Eigentum verpflichtet.** Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) **Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.** Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in **Gemeineigentum** oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft **überführt werden.** Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 106 Abs. 1 Nr. 5

(1) Der Ertrag der Finanzmonopole und das Aufkommen der folgenden Steuern stehen dem Bund zu [...] 5. die einmaligen Vermögensabgaben und die zur Durchführung des Lastenausgleichs erhobenen Ausgleichsabgaben (...).

In Artikel 106 Abs. 1 Nr. 5 ist die Vermögensabgabe geregelt. Das Grundgesetz lässt eine Vermögensabgabe grundsätzlich zu. Bei dieser Steuer wird das Vermögen zu einem Stichtag geschätzt. Im Anschluss muss der Besteuerte einen bestimmten Prozentanteil an den Staat abführen.

Warum mobile Werte wichtiger denn je sind

Die Geschichte zeigt: Immobiles Vermögen ist bei Enteignungen besonders gefährdet. Immobilien, Unternehmen, Bankkonten - all das ist für den Staat leicht zu erfassen und zu beschlagnahmen. Kluge Anleger setzen daher seit jeher auf mobile Werte wie Gold und Silber. Ein Sovereign-Goldmünze lässt sich diskret aufbewahren und ist im Notfall sofort verfügbar. Nicht ohne Grund vertrauen Menschen seit Jahrtausenden auf Edelmetalle als Schutz vor staatlichen Zugriffen.

Historische Enteignungen und ihre Lehren

Die Geschichte ist voll von staatlichen Zugriffen auf privates Vermögen. Besonders in Krisenzeiten greifen Regierungen nach dem Eigentum ihrer Bürger - meist unter dem Vorwand der „gerechten Verteilung“ oder der „nationalen Notwendigkeit“.

Der Lastenausgleich 1952

Der Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt, wie tiefgreifend staatliche Enteignungen sein können. Die Deutschen mussten 50 Prozent ihres Vermögens abgeben - bewertet zum Stichtag 21. Juni 1948. Die Zahlung wurde über 30 Jahre in vierteljährlichen Raten gestreckt.
Besonders perfide: Der Stichtag lag in der Vergangenheit. Niemand konnte sich der Abgabe durch vorherige Vermögensumschichtung entziehen. Zur Kasse gebeten wurden vor allem Immobilienbesitzer, deren Eigentum bei der Währungsreform 1948 nicht entwertet worden war. Warum das Lastenausgleichsgesetz heute noch besteht und welche brisante Änderung am Gesetz vorgenommen wurde: Dazu später mehr.

Sovereign-
Goldmünzen

Währungsreformen als versteckte Enteignung

Die Währungsreform 1948 selbst war eine massive Enteignung: Aus 100 Reichsmark wurden über Nacht 6,50 Deutsche Mark. Sparguthaben, Versicherungen, Bargeld - alles verlor schlagartig über 93% seines Wertes. Nur wer rechtzeitig in Sachwerte ausgewichen war, konnte sein Vermögen retten.

Die DDR zeigt, wie schnell es gehen kann

In der DDR ging man noch radikaler vor. Bereits 1945 begann in der sowjetischen Besatzungszone eine umfassende Bodenreform. Großgrundbesitzer wurden entschädigungslos enteignet. In den 1950er Jahren folgten Zwangskollektivierungen der Landwirtschaft und Verstaatlichungen von Unternehmen.
Wer die DDR in Richtung Westen verließ, verlor automatisch sein gesamtes Vermögen. Der Staat zog alles ein - von Immobilien über Bankkonten bis hin zu persönlichen Gegenständen.

Die modernen Parallelen sind erschreckend

Heute erleben wir ähnliche Tendenzen - wenn auch subtiler. In Kanada wurden während der “Freedom Convoy Proteste” 2022 die Bankkonten von Regierungskritikern eingefroren. In Deutschland wurde das Compact-Magazin zunächst verboten und enteignet. Die Mechanismen sind die gleichen geblieben, nur die Begründungen haben sich geändert.

Die wichtigste Lektion

Die Geschichte lehrt uns: Wenn der Staat erst einmal mit Enteignungen beginnt, ist es für Gegenmaßnahmen meist zu spät. Die rechtlichen Grundlagen werden lange im Voraus geschaffen - oft unter harmlos klingenden Namen wie „Lastenausgleich“ oder „soziale Entschädigung“.
Besonders gefährlich: Die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt solche Maßnahmen häufig sogar - solange sie sich nur betroffen genug fühlt und glaubt, es treffe „die anderen“.

Moderne Instrumente der Enteignung im Anmarsch

Die heutigen Methoden der Enteignung sind weitaus raffinierter als früher. Statt direkter Beschlagnahmung schafft der Staat ein komplexes Netz aus Gesetzen, Behörden und digitaler Überwachung. Ein System, das darauf abzielt, jeden Euro, jede Transaktion und jeden Vermögenswert lückenlos zu erfassen.

Das geplante Vermögensregister der EU

Das deutlichste Beispiel für diese Entwicklung ist das geplante EU-Vermögensregister, das ab 2025 Realität werden soll. Was die EU-Kommission als simple „Maßnahme gegen Geldwäsche“ verkauft, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als gewaltiger Schritt in Richtung totaler finanzieller Überwachung. Alle Vermögenswerte über 200.000 Euro sollen zentral erfasst werden - von Immobilien über Bankkonten bis hin zu Edelmetallen und Kryptowährungen. Besonders brisant: Zugriff auf diese Daten erhalten nicht nur Behörden, sondern auch „berechtigte“ Journalisten und NGOs. Selbst Vermögen im Nicht-EU-Ausland soll registriert werden.

AMLA - Die neue Superbehörde in Frankfurt

Für die Verwaltung dieses gigantischen Datenbestands wird in Frankfurt eine neue Superbehörde aus dem Boden gestampft: die „Anti-Money Laundering Authority“ (AMLA). Mit 500 Mitarbeitern und weitreichenden Befugnissen ausgestattet, wird sie direkte Verbindungen zur EZB und dem kommenden digitalen Euro-System unterhalten. Die AMLA kann nicht nur Finanzinstitute überwachen und Millionenstrafen verhängen, sondern auch Vermögenswerte einfrieren und international mit anderen Behörden kooperieren.

Der VVBG-Entwurf als Warnsignal

Wie weit die Begehrlichkeiten des Staates tatsächlich gehen, zeigte der mittlerweile auf Eis gelegte Referentenentwurf zum „Vermögensverwertungsbeschleunigungsgesetz“ (VVBG). Auch wenn er vorerst nicht umgesetzt wird - er offenbart die erschreckende Denkrichtung in politischen Kreisen. Vermögen über 100.000 Euro sollte als „verdächtig“ eingestuft werden können, eine Beschlagnahme wäre ohne richterlichen Beschluss möglich gewesen. Besonders perfide: Die Beweislast wäre umgekehrt worden. Nicht der Staat hätte illegale Vermögenswerte nachweisen müssen, sondern der Bürger die Legalität seines Vermögens beweisen müssen.

Die Änderung des Lastenausgleichsgesetz

Was kaum jemand weiß: Das Lastenausgleichsgesetz von 1952 ist nicht etwa ein historisches Relikt - es gilt bis heute. Und zum 1. Januar 2024 wurde es still und leise geändert. Die entscheidende Änderung in §292: Der Begriff „Kriegsopferfürsorge“ wurde durch „soziale Entschädigung“ ersetzt.

Was auf den ersten Blick wie eine harmlose sprachliche Modernisierung wirkt, öffnet in Wahrheit Tür und Tor für neue Vermögensabgaben. Denn während die „Kriegsopferfürsorge“ klar definiert war, ist der Begriff der „sozialen Entschädigung“ deutlich dehnbarer. Er wird im Sozialgesetzbuch XIV geregelt und kann durch einfache Gesetzesänderungen nach Belieben erweitert werden.

Die möglichen Gründe für einen neuen Lastenausgleich sind vielfältig:

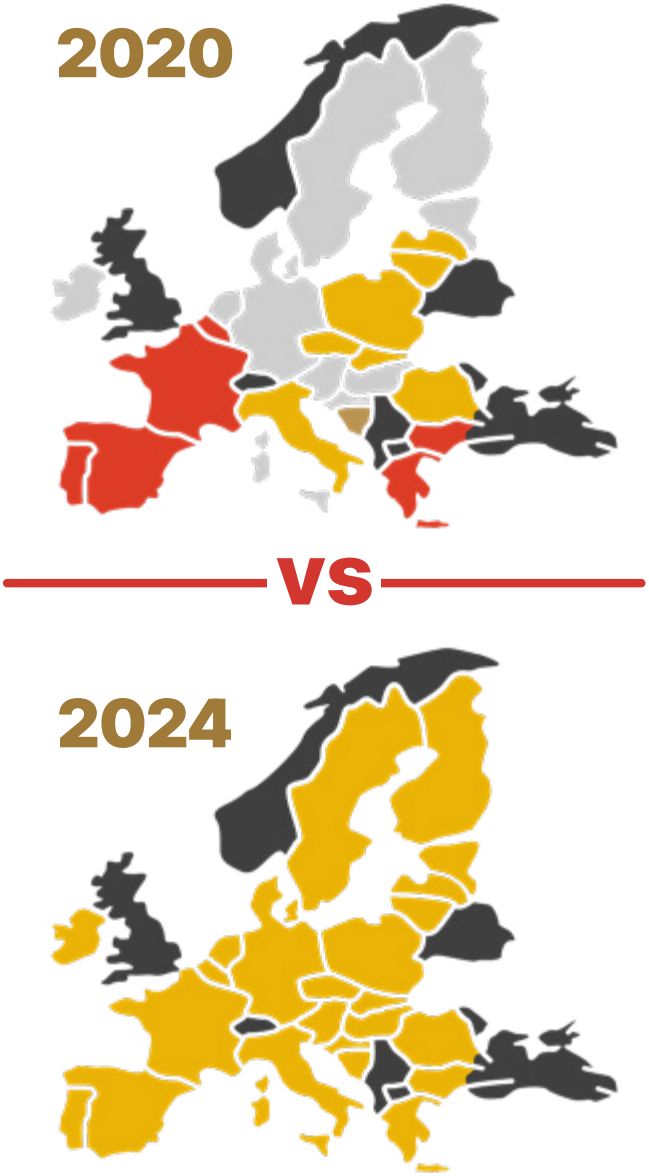
- Kosten der Corona-Pandemie
- Klimawandel und Energiewende
- Migration und Integration
- “Soziale Ungleichheit”

Besonders brisant: Wie beim historischen Lastenausgleich könnte auch heute wieder ein Stichtag in der Vergangenheit festgelegt werden. Ein Entziehen durch schnelles Handeln wäre dann nicht mehr möglich.

Der Kampf gegen das Bargeld

Parallel zu diesen Entwicklungen läuft die systematische Eindämmung des Bargelds. Die EU hat bereits eine Bargeldobergrenze von 10.000 Euro beschlossen. Banken schließen reihenweise ihre Bargeldschalter, immer mehr Geschäfte verweigern die Annahme von Bargeld, und die Bargeldversorgung wird gezielt ausgedünnt. Das Ziel ist klar: Jede finanzielle Transaktion soll digital erfasst und überwacht werden können.

Bargeldobergrenzen in der EU: 2020 vs. 2024



Die Renaissance dezentraler Werte

In diesem Umfeld der zunehmenden Kontrolle gewinnen dezentrale, physische Werte massiv an Bedeutung. Nicht ohne Grund erlebt der Schweizer Vreneli, eine historische 20-Franken-Goldmünze, eine Renaissance. Er vereint, was in der modernen Finanzwelt immer seltener wird: hohe Akzeptanz, kompakte Wertaufbewahrung und keine elektronische Erfassung. In Krisenzeiten haben sich solche traditionellen Wertanlagen immer wieder bewährt - fernab staatlicher Überwachung und Kontrolle.

Schweizer
Vreneli

Der digitale Euro – Das perfekte Enteignungsinstrument

Die EZB hat es offiziell bestätigt: Im November 2025 kommt der digitale Euro. Was als „moderne Alternative zum Bargeld“ beworben wird, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als das perfekte Instrument für staatliche Kontrolle und schleichende Enteignung.

Was die EZB verschweigt

Die offizielle Kommunikation der EZB klingt zunächst harmlos: Der digitale Euro sei nicht programmierbar und solle das Bargeld lediglich ergänzen. Doch ein Blick in den EU-Gesetzentwurf zum digitalen Euro offenbart eine ganz andere Wahrheit: In Artikel 13 erhält die EZB die Befugnis, „Bedingungen und Einschränkungen“ für die Nutzung des digitalen Euro festzulegen - ein beschönigender Begriff für programmierbares Geld.

Noch brisanter ist Artikel 16: Er ermächtigt die EZB, „Vorschriften für bedingte Zahlungen“ zu erlassen. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Zentralbank bestimmen kann, wofür Sie Ihr Geld ausgeben dürfen - und wofür nicht.

Totale Kontrolle über Ihr Geld

Die Möglichkeiten der Kontrolle sind erschreckend. Ein Praxisbeispiel: Sie wollen ein Auto kaufen, doch der Staat hat Ihrem digitalen Euro ein CO2-Budget zugewiesen. Das System erkennt: Mit diesem Kauf würden Sie Ihr „Klimabudget“ überschreiten. Die Transaktion wird automatisch blockiert.

Oder stellen Sie sich vor, Sie möchten Heizöl bestellen, aber der Staat hat verfügt, dass digitale Euros nicht mehr für fossile Brennstoffe ausgegeben werden dürfen. Das System verweigert die Zahlung - ohne Diskussion, ohne Widerspruchsmöglichkeit.

Das Ablaufdatum für Ihr Geld

Besonders alarmierend ist Artikel 12 des Gesetzentwurfs: Er ermöglicht der EZB, ein „Verfallsdatum“ für digitale Euros festzulegen. Ein Beispiel aus der Praxis: Sie haben 10.000 digitale Euro für schlechte Zeiten zurückgelegt. Plötzlich kommt die Mitteilung: „Ihre digitalen Euros verfallen in 30 Tagen, wenn Sie sie nicht ausgeben.“ Der Staat könnte Sie so zwingen, Ihr Geld nach seinen Vorstellungen auszugeben - oder es zu verlieren. Die bittere Konsequenz daraus lautet: Sparen wird nicht mehr möglich sein.

Verfügungsrahmen und Ausgabenlimits

Die Kontrolle wird durch Artikel 14 perfektioniert: Er erlaubt der EZB die Einführung von „Haltelimits“ - Obergrenzen für digitale Euro-Guthaben. Überschreiten Sie diese Grenzen, wird Ihr überschüssiges Geld automatisch abgeschöpft oder mit Strafzinsen belegt. Ein perfektes System für die schleichende Enteignung der Mittelschicht.

Die digitale ID als Schlüssel zur Überwachung

Der digitale Euro wird eng mit der geplanten digitalen Identität verknüpft. Artikel 15 des Gesetzentwurfs schafft die Grundlage für eine lückenlose Überwachung aller Transaktionen. Hochleistungscomputer werden jeden Ihrer Einkäufe in Echtzeit analysieren. Kaufen Sie „zu viel“ Benzin? Geben Sie „zu viel“ für Fleisch aus? Weicht Ihr Konsumverhalten von den staatlichen Vorgaben ab? Das System erkennt es sofort - und kann entsprechende Sanktionen verhängen.

Die versteckte Agenda

Parallel zur Einführung des digitalen Euros wird das Bargeld systematisch zurückgedrängt. Die Deutsche Bank und andere Institute schließen Bargeldschalter, die Bargeldversorgung wird ausgedünnt. Die Botschaft ist klar: Der Weg in die bargeldlose - und damit vollständig überwachte - Gesellschaft ist vorgezeichnet. Das gilt auch weltweit, da CBDC (Digitales Zentralbankgeld) überall in Planung sind. Wie weit der aktuelle Stand ist und detailliertere Informationen zu den freiheitsraubenden CBDC lesen Sie in unserem verlinkten Magazinartikel.

Ein Blick in die nicht allzu ferne Zukunft

Familie Müller, Januar 2026: Ein ganz normaler Morgen, der das wahre Gesicht des digitalen Euros offenbart.

Thomas Müller öffnet seine Banking-App, um die Heizölrechnung zu bezahlen - der Tank ist fast leer und die Kinder frieren bereits. Doch statt der gewohnten Überweisungsmaske erscheint eine rote Warnung: „Transaktion abgelehnt. Ihr Familien-CO2-Budget für dieses Quartal ist erschöpft. Neue Freigabe erst in 47 Tagen."

Seine Frau Andrea will die 20.000 Euro vom gemeinsamen Sparkonto abheben, die sie über Jahre für die Ausbildung ihrer Kinder zurückgelegt haben.
Doch auch hier erscheint eine Warnung: „Aufgrund der aktuellen Klimanotlage wurden Ihre Ersparnisse als ‚Energiewende-Euros' markiert. Verwendung nur für staatlich genehmigte energetische Sanierungen möglich. Verfall in 90 Tagen."

Verzweifelt ruft Thomas seinen Vater an, der der Familie mit seinen Ersparnissen aushelfen will. Doch dessen Überweisung wird automatisch gestoppt: „Transaktion blockiert. Haltelimit für Privatpersonen überschritten. Empfehlung: Investition in staatlich geförderte Klimaprojekte."

Als die Müllers später am Tag gemeinsam einkaufen wollen, wird ihre Zahlung an der Supermarktkasse abgelehnt. Der Grund: Sie haben bereits zu viele „klimaschädliche" Produkte wie Fleisch und Milchprodukte gekauft. Das System schlägt vegane Alternativen vor.

Am Abend erhält die Familie eine letzte Nachricht: „Ihr Sozialpunkte-Status wurde aufgrund wiederholter Verstöße gegen die Klimarichtlinien herabgestuft. Folgende Einschränkungen treten in Kraft: Keine Urlaubsreisen, reduzierte Mobilitätsrechte, eingeschränkter Zugang zu Finanzdienstleistungen."

Die Müllers erkennen: Ihr hart erarbeitetes Geld gehört ihnen nicht mehr wirklich. Jede Ausgabe, jede Sparentscheidung, jeder Einkauf wird vom Staat kontrolliert und gelenkt. Was als „moderne Alternative zum Bargeld" angepriesen wurde, hat sich als digitales Kontrollsystem entpuppt, das tief in ihr Privatleben eingreift.

Utopie? Keineswegs. Alle technischen und rechtlichen Grundlagen für dieses Szenario sind im aktuellen Gesetzentwurf zum digitalen Euro bereits angelegt.

Schutz vor dem digitalen Zugriff

Angesichts dieser Entwicklungen gewinnt physisches Gold eine völlig neue Bedeutung. Anders als der digitale Euro kann eine Unze Gold nicht programmiert, nicht überwacht und nicht per Knopfdruck entwertet werden. Nicht ohne Grund kaufen die Zentralbanken selbst in historischem Umfang Gold - sie wissen, was auf uns zukommt.
In diesem Interview spreche ich mit Ernst Wolff darüber, wie der digitale Euro unsere Freiheit einschränken wird:

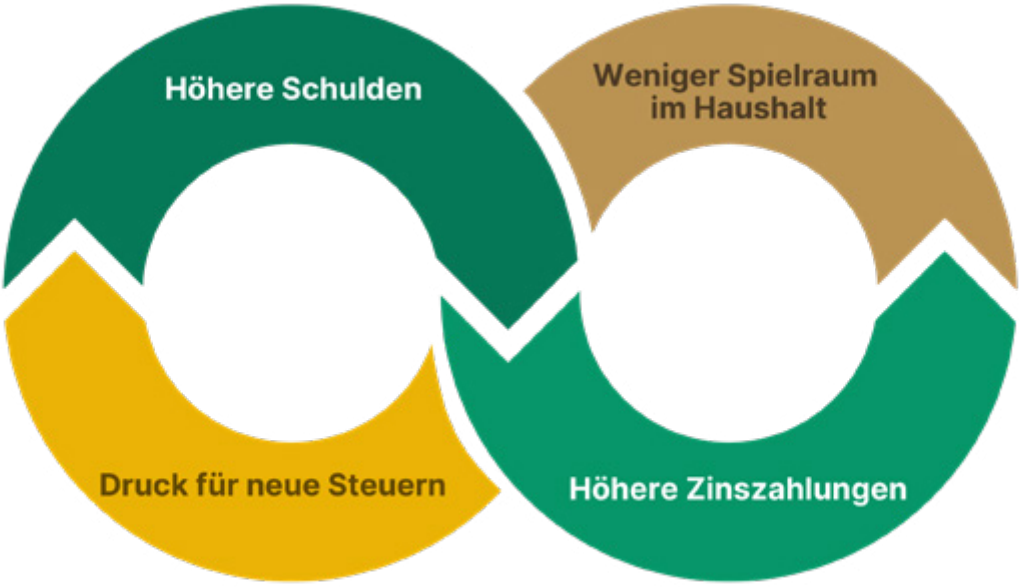
https://www.youtube.com/watch?v=GiCWgDQ2gks

Der Staat greift zu: Steuern und Abgaben

Deutschland ist zum Hochsteuerland geworden. Im OECD-Vergleich belegen wir den zweiten Platz bei der Steuerbelastung - nur in Belgien zahlen die Menschen noch mehr. Die Zahlen sind erschreckend: Fast 38 Prozent des Bruttolohns gehen bei Alleinstehenden direkt ans Finanzamt. Rechnet man realistisch, zeigt sich das wahre Ausmaß der Belastung: Bei einem Bruttogehalt von 6.000 Euro zahlt der Arbeitgeber nochmal etwa 1.000 Euro an Sozialabgaben. Von diesen realen Arbeitskosten von 7.000 Euro bleiben nach Steuern, Sozialabgaben und indirekten Steuern wie Mehrwertsteuer, Energiesteuer und CO2-Abgaben auf die alltäglichen Ausgaben gerade einmal 2.200 Euro echte Kaufkraft übrig. Besonders bitter: Während andere Länder ihre Bürger in der Inflationskrise durch Steuersenkungen entlasten, dreht Deutschland weiter an der Abgabenschraube. Der Spitzensteuersatz von 42 Prozent, der ursprünglich nur für echte Spitzenverdiener gedacht war, trifft heute bereits die Mittelschicht ab einem zu versteuernden Einkommen von gerade einmal 68.481 Euro - ein Betrag, der in Zeiten hoher Inflation längst kein Spitzeneinkommen mehr darstellt.

Die wahre Dimension der Staatsschulden

Der renommierte Ökonom Bernd Raffelhüschen hat berechnet, dass die tatsächliche Nachhaltigkeitslücke bei erschreckenden 398,4% des Bruttoinlandsprodukts liegt. Die offiziellen Staatsschulden von 2,5 Billionen Euro sind dabei nur die Spitze des Eisbergs. Die versteckten, impliziten Schulden - etwa für künftige Renten- und Pensionszahlungen - sind fast sechsmal so hoch. Besonders alarmierend: Jeden Tag kommen über 200 Millionen Euro neue Schulden hinzu, während gleichzeitig die Wirtschaftsleistung schrumpft. Experten warnen: Diese Kombination aus steigenden Schulden und sinkender Wirtschaftskraft kann nur in einem großen Crash oder einer massiven Vermögensabgabe enden. Es ist ein Teufelskreis, der nicht endet und stattdessen unser Vermögen zehrt.



Die Explosion der Sozialabgaben

Die Zeichen stehen auf Sturm: Ab 2025 steigen die Krankenkassenbeiträge um weitere 0,8 Prozentpunkte. Die Pflegeversicherung wurde bereits massiv erhöht, und auch bei der Rentenversicherung drohen deutliche Steigerungen. Ein Ende ist nicht in Sicht. Die demografische Entwicklung verschärft das Problem zusätzlich: Immer weniger Beitragszahler müssen für immer mehr Leistungsempfänger aufkommen. Experten prognostizieren, dass die Sozialabgaben bis 2035 die 50-Prozent-Marke übersteigen könnten - ein Niveau, das jede wirtschaftliche Entwicklung im Keim erstickt. Währenddessen fordert Robert Habeck weitere Sozialabgaben. Seine Forderung: Krankenkassenbeiträge sollen auf Kapitalerträge anfallen. Beim Bürger lässt es sich einfach holen, dann müssen auch keinerlei Ausgabenprobleme seitens des Staates behoben werden.

Das große Rentendesaster

Ein Beispiel macht das Ausmaß der schleichenden Enteignung deutlich: Wer seit Einführung des Euro im Jahr 1999 monatlich 500 Euro in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, kommt auf Gesamteinzahlungen von 154.000 Euro. Doch was ist dieses Geld heute noch wert? Inflationsbereinigt entspricht es einer Kaufkraft von gerade einmal 93.800 Euro - ein realer Verlust von 40 Prozent! Hätte derselbe Sparer die 500 Euro monatlich stattdessen in Gold investiert, säße er heute auf einem Vermögen von über 600.000 Euro (Stand: Januar 2025). Noch dramatischer: Während die späteren Rentenzahlungen voll versteuert werden müssen, wären die Gewinne aus dem Goldverkauf nach der Haltefrist steuerfrei. Die Ungerechtigkeit wird noch größer, wenn man bedenkt, dass die Renten in Zukunft weiter gekürzt werden müssen. Selbst die Bundesbank warnt inzwischen offen vor einer drohenden Altersarmut trotz lebenslanger Beitragszahlung. Besonders bitter: Während andere Länder wie Österreich Rentenniveaus von über 80% erreichen, steuert Deutschland auf eine der niedrigsten Renten in Europa zu.

Die neuen Belastungen

Parallel dazu erfindet der Staat ständig neue Abgaben. Der CO2-Preis steigt jährlich und verteuert Benzin, Heizöl und Gas. Die Grundsteuer wurde reformiert - fast immer zuungunsten der Eigentümer. Selbst das Heizungsgesetz entwickelt sich zur gigantischen Umverteilungsmaschine: Bis zu 200.000 Euro sollen Hausbesitzer in ihre Heizungsanlagen investieren. Dabei werden die Bürger gleich mehrfach zur Kasse gebeten: Erst zahlen sie die überteuerte Wärmepumpe, dann die höheren Stromkosten für den Betrieb. Die Förderung durch den Staat? Ein schlechter Witz, denn sie wird durch noch höhere Steuern finanziert. Besonders perfide: Wer die Umrüstung nicht bezahlen kann, dem drohen saftige Bußgelder von bis zu 50.000 Euro.

Die Flucht wird bestraft – Wegzugsbesteuerung als moderne Reichsfluchtsteue

Die Folgen der erdrückenden Abgabenlast sind dramatisch: 44 Prozent der deutschen Unternehmen planen bereits Investitionen im Ausland. Große Namen wie BASF, Volkswagen oder BMW verlagern Produktionen in Länder mit niedrigeren Energiekosten und geringerer Abgabenlast. Doch der Staat hat vorgesorgt: Wer sein Vermögen durch Auswanderung schützen will, wird mit der sogenannten Wegzugsbesteuerung konfrontiert - einer modernen Version der Reichsfluchtsteuer.

Das Prinzip ist perfide: Verlegen Sie Ihren Wohnsitz ins Ausland, werden sämtliche Wertsteigerungen Ihrer Unternehmensanteile sofort besteuert - auch wenn Sie gar nicht verkaufen wollen. Bei Unternehmensanteilen im Wert von 1 Million Euro werden 270.000 Euro Steuern fällig - auf einen rein fiktiven Gewinn! Selbst ein Umzug in die EU bietet seit der Verschärfung 2022 kaum noch Schutz. Damit nicht genug: Ab 2025 sollen nun auch Privatanleger zur Kasse gebeten werden: Bei einem Fondsvermögen von über 500.000 Euro soll die Wegzussteuer ebenfalls greifen.

Die detaillierten Regelungen der Wegzugsbesteuerung und wie Sie sich darauf vorbereiten können, finden Sie in unserem ausführlichen **Magazinbeitrag**.

Die „Energiewende“ als Enteignungsinstrument

Was als „Kampf gegen den Klimawandel“ verkauft wird, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als gigantisches Umverteilungsprogramm. Die Energiewende entwickelt sich zum perfekten Vorwand, um den Bürgern systematisch ihr Vermögen zu entziehen.

Das Heizungsgesetz als Enteignungskeule
Die Zahlen sind erschreckend: Bis zu 200.000 Euro sollen Hausbesitzer in neue Heizungsanlagen investieren. Für viele bedeutet das den Griff zur Ersparnissen oder sogar den Zwangsverkauf ihrer Immobilie. Die versprochene staatliche Förderung? Ein Tropfen auf den heißen Stein, der durch noch höhere Steuern finanziert wird. Wer nicht zahlen kann oder will, dem drohen Strafen von bis zu 50.000 Euro.

Der stille Wertverlust

Die Folgen für den Immobilienmarkt sind verheerend: Unsanierte Häuser verlieren bis zu 30% ihres Wertes. Eine schleichende Enteignung, die besonders jene trifft, die ihre Immobilie als Altersvorsorge eingeplant haben. Allein in Deutschland stehen Vermögenswerte von über 1,5 Billionen Euro auf dem Spiel.

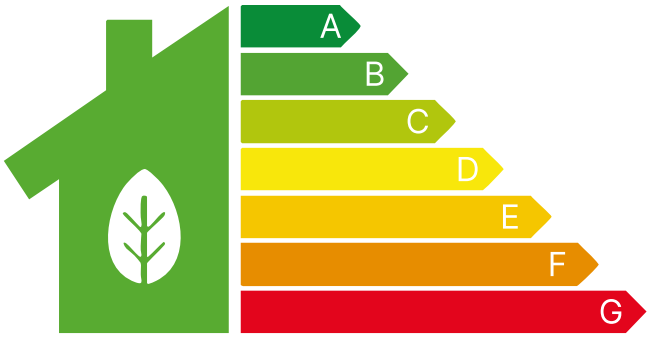
Die CO2-Steuer als Dauerlast

Der CO2-Preis steigt jährlich und verteuert systematisch jeden Aspekt des täglichen Lebens:

- Heizung und Warmwasser werden zum Luxus
- Autofahren wird zum Privileg der Reichen
- Selbst Lebensmittel werden durch höhere Transportkosten immer teurer

Zwangssanierung oder Zwangsverkauf

Bis 2033 sollen alle Gebäude eine mittlere Energieeffizienzklasse erreichen. Die Realität: Millionen Hausbesitzer werden in teure Sanierungen gezwungen oder müssen verkaufen. Besonders perfide: Banken vergeben kaum noch Kredite für unsanierte Immobilien - der Teufelskreis ist perfekt.



Die versteckte Agenda

Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes findet eine massive Umverteilung statt. Während die Mittelschicht durch Zwangssanierungen und CO2-Steuern ausgeplündert wird, profitieren große Konzerne von Milliardensubventionen für „grüne“ Technologien. Die Zeche zahlt der Bürger - durch höhere Steuern, explodierende Energiepreise und den Wertverlust seiner Immobilie.

Der doppelte Schlag

Besonders tückisch: Die Energiewende trifft die Bürger gleich doppelt. Erst müssen sie die teuren Umbauten bezahlen, dann folgen dauerhaft höhere Betriebskosten. Eine Wärmepumpe verbraucht ein Vielfaches an Strom - dessen Preis durch die „Energiewende“ bereits explodiert ist und weiter steigen wird.

Die Bankenkrise als Katalysator

Die Einlagensicherung in Deutschland ist eine Illusion. Von den 3 Billionen Euro Spareinlagen sind gerade einmal 0,68% durch den Einlagensicherungsfonds gedeckt. Bei einer größeren Bankenkrise wäre das System sofort überfordert.

Das SAG-Gesetz - Die legale Enteignung von Sparern

Was die wenigsten wissen: Ihr Bankguthaben gehört Ihnen gar nicht. Rechtlich haben Sie lediglich einen Auszahlungsanspruch gegenüber Ihrer Bank. Das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) ermöglicht es dem Staat, im Krisenfall auf Ihre Einlagen zuzugreifen - ganz legal und ohne Ihre Zustimmung.

Die Bail-in-Gefahr

Gerät eine Bank in Schieflage, können Ihre Einlagen per „Bail-in" zur Bankenrettung herangezogen werden. Das bedeutet: Ihr Guthaben wird in möglicherweise wertlose Bankanteile umgewandelt. Sie werden zwangsweise zum Aktionär einer maroden Bank - ohne Mitspracherecht bei der Umwandlung.

Handlungsunfähigkeit im Krisenfall

Die Folgen eines Bail-ins sind dramatisch:

- Zahlungen werden ausgesetzt
- Verträge werden unkündbar
- Ihr Geld ist eingefroren
- Widersprüche sind wirkungslos
- Klagen haben keine aufschiebende Wirkung

Die EZB warnt selbst

Die Europäische Zentralbank warnt inzwischen offen vor einer drohenden Bankenkrise. Steigende Zinsen, faule Kredite und der kollabierende Immobilienmarkt setzen dem Bankensystem zu. In den USA stehen bereits 63 Banken kurz vor dem Kollaps.

1/10 Unze
Goldmünzen

Der systematische Abbau des Bargeldschutzes

Parallel zur wachsenden Bankenkrise wird der Bargeldschutz systematisch abgebaut:

- Banken schließen Bargeldschalter
- Bargeldversorgung wird ausgedünnt
- Immer mehr Geschäfte akzeptieren nur noch Kartenzahlung
- Die EU plant weitere Bargeld-Obergrenzen

Die Botschaft ist klar: Im Krisenfall sollen die Bürger keine Möglichkeit haben, ihr Geld dem Zugriff des Bankensystems zu entziehen.

Der Ausweg: Physische Werte unter eigener Kontrolle

In diesem Umfeld sind Sachwerte, die Sie physisch unter Ihrer Kontrolle haben, im wahrsten Sinne Gold wert. Während Bankguthaben per Gesetz beschlagnahmt werden können, bleiben physische Edelmetalle unangetastet - vorausgesetzt, sie lagern nicht im Bankschließfach.

Dabei empfiehlt sich eine strategische Aufteilung: Kleinere Stückelungen wie **1/10-Unze-Goldmünzen** eignen sich perfekt für alltägliche Transaktionen im Krisenfall. Ihre hohe Akzeptanz und der überschaubare Gegenwert machen sie zum idealen Tauschmittel. Für den größeren Vermögensschutz bieten sich **100-Gramm-Goldbarren** an. Sie vereinen eine hohe Wertdichte mit ausgezeichneter Lagerfähigkeit und weltweiter Handelbarkeit.

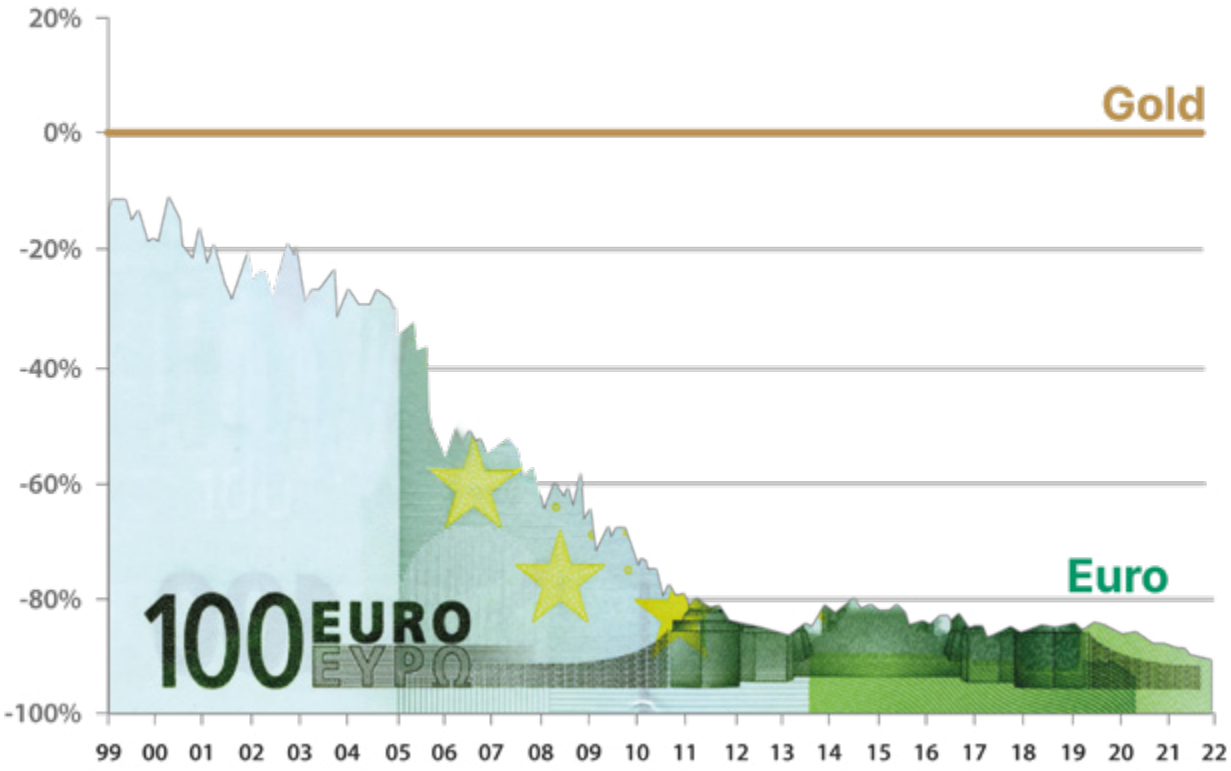
100 Gramm
Goldbarren

Schleichende Enteignung durch Inflation

Die größte Enteignung findet jeden Tag statt - und kaum einer merkt es. Die Inflation frisst sich durch unsere Ersparnisse wie ein hungriges Raubtier durch seine Beute. Seit Einführung des Euro haben wir bereits über 88% unserer Kaufkraft verloren. Was damals 100 Euro wert war, entspricht heute einer Kaufkraft von gerade einmal 12 Euro. Besonders dramatisch: Diese Entwicklung beschleunigt sich immer weiter. Allein in den letzten zwei Jahren haben die Preise einen regelrechten Sprung nach oben gemacht.

Die EZB als Brandstifter

Die erschreckende Wahrheit: 50% des heute existierenden Geldes wurde in den letzten vier Jahren geschaffen. Die EZB-Bilanz ist explodiert. Unter dem Deckmantel der „Preisstabilität" wurde die Geldmenge aufgebläht wie nie zuvor in Friedenszeiten. Die Folgen spüren wir heute an der Supermarktkasse, beim Tanken und auf der Heizkostenabrechnung. Die Zahlen sind alarmierend: Butter ist um 50% teurer geworden, Hackfleisch um 40%, selbst einfache Nudeln kosten heute doppelt so viel wie vor zwei Jahren. Einzig Bananen sind durch Sondereffekte billiger geworden - ein schwacher Trost angesichts der allgemeinen Preisexplosion.



Der Cantillon-Effekt – Wer profitiert wirklich?

„Die Inflation ist die heimtückischste Form der Besteuerung", wusste schon der berühmte Ökonom John Maynard Keynes. Doch es kommt noch schlimmer: Das neue Geld erreicht nicht alle gleichzeitig. Die Ersten, die es bekommen - Banken, Großkonzerne und staatsnahe Unternehmen - können noch zu alten Preisen einkaufen. Bis das Geld bei Otto Normalverbraucher ankommt, sind die Preise längst gestiegen. Ein perfides System der Umverteilung von unten nach oben. Die Reichen werden so noch reicher, während die Mittelschicht systematisch ausgeplündert wird. Schauen Sie sich nur die explodierenden Immobilienpreise der letzten Jahre an - ein direktes Resultat dieser Politik.

1 Unze
Gold

Das Märchen von der „vorübergehenden“ Inflation

Erst war sie „vorübergehend“, dann „außerhalb unserer Kontrolle“, jetzt angeblich „im Griff“ - die Realität sieht anders aus. Die offiziellen Inflationsraten sind dabei nur die halbe Wahrheit. Wer heute ein Haus baut, Auto kauft oder einfach nur seinen Kühlschrank füllt, erlebt eine ganz andere Preisrealität. Die offiziellen Statistiken werden systematisch geschönt, indem man Produktqualitäten anpasst oder Warenkörbe geschickt zusammenstellt. Der wahre Kaufkraftverlust liegt deutlich höher als die offiziellen Zahlen suggerieren.

Die doppelte Enteignung

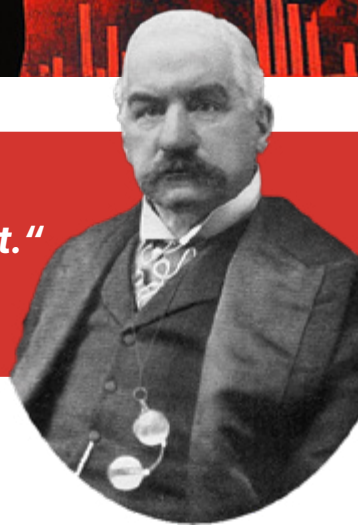
Besonders perfide: Während die Inflation unsere Ersparnisse auffrisst, werden wir durch die kalte Progression auch noch höher besteuert. Gehaltserhöhungen, die kaum die Inflation ausgleichen, treiben uns in immer höhere Steuersätze. Der Staat verdient an der Geldentwertung gleich doppelt - durch höhere Steuereinnahmen und die Entwertung seiner eigenen Schulden. Ein Beispiel: Wer heute eine „Gehaltserhöhung“ von 6% bekommt, hat real weniger in der Tasche als vorher, zahlt aber trotzdem mehr Steuern. Die versprochene Anpassung des Steuertarifs? Ein Tropfen auf den heißen Stein.

Der Ausweg aus der Geldfalle

Die Geschichte lehrt uns: Noch nie hat eine Papierwährung dauerhaft überlebt.Die durchschnittliche Lebensdauer einer Papierwährung liegt bei rund 70 Jahren. Der Euro macht da keine Ausnahme. Gold hingegen hat seit über 5.000 Jahren seine Kaufkraft bewahrt. **Eine Unze Gold** kaufte zur Zeit der Römer eine hochwertige Toga - heute einen hochwertigen Anzug. Wer sein Vermögen vor der schleichenden Enteignung durch Inflation schützen will, kommt an physischen Edelmetallen nicht vorbei. Die Zentralbanken selbst zeigen uns den Weg: Sie kaufen Gold in historischem Ausmaß. Allein China hat seine Goldreserven in den letzten Monaten massiv aufgestockt - die Zeichen stehen auf Sturm.

„Gold ist Geld.
Alles andere ist Kredit.“

J.P. Morgan
Amerikanischer Privat-Bankier



Angstszenario Goldverbot: Eine realistische Einschätzung

Immer wieder erreichen uns besorgte Fragen von Anlegern: Könnte der Staat den privaten Goldbesitz verbieten? Die Angst ist verständlich, schließlich gab es in der Geschichte bereits mehrfach solche Verbote. Doch wie realistisch ist dieses Szenario heute wirklich?

Historische Goldverbote – Was wir daraus lernen können

In Deutschland war der Goldbesitz zwischen 1923 und 1955 tatsächlich stark eingeschränkt. Eine regelrechte Parade der Enteignung, quer durch alle politischen Lager:

- **1923:** SPD-Reichspräsident Ebert fordert die Abgabe allen Goldes über 10 Goldmark
- **1936**: Hermann Göring verhängt eine Ablieferungspflicht
- **1939**: Das Reichswirtschaftsministerium beschlagnahmt Unternehmens-Edelmetalle
- **1945:** Die Besatzungsmächte verlangen die Abgabe von Gold, Silber und Platin

Auch in den USA gab es ein solches, strikteres Verbot:

POSTMASTER: PLEASE POST IN A CONSPICUOUS PLACE.—JAMES A. FARLEY, Postmaster General

UNDER EXECUTIVE ORDER OF THE PRESIDENT

Issued April 5, 1933

all persons are required to deliver

ON OR BEFORE MAY 1, 1933

all GOLD COIN, GOLD BULLION, AND GOLD CERTIFICATES now owned by them to a Federal Reserve Bank, branch or agency, or to any member bank of the Federal Reserve System.

"Alle Tresorfächer in Banken oder Geldinstituten sind versiegelt worden und warten auf bevorstehende gesetzliche Maßnahmen. (...) Der Besitz dieser verbotenen Metalle sowie die Unterhaltung eines Schließfachs für deren Lagerung ist der Regierung durch die Bank- und Versicherungsunterlagen bekannt. Es wird darauf hingewiesen, dass Ihr Schließfach versiegelt bleiben muss und nur in Anwesenheit eines Vertreters des Finanzamtes geöffnet werden darf."

Auszug aus dem Gesetzestext des US-Goldverbots, 9. März 1933

Besonders interessant: In den USA hielten sich 1933 etwa zwei Drittel der Bürger nicht an das Goldverbot. Sie behielten ihre Münzen und Barren - eine kluge Entscheidung, wie sich später zeigte.

Warum ein Goldverbot heute unrealistisch ist

Die Zeiten haben sich fundamental geändert. Ein Goldverbot wäre heute aus mehreren Gründen kaum durchsetzbar:

1. Keine Goldbindung der Währung mehr

Anders als in den 1930er Jahren sind unsere Währungen nicht mehr durch Gold gedeckt. Der Staat braucht also keine Goldreserven mehr, um seine Währung zu stützen.

2. Internationale Verflechtungen

In einer globalisierten Welt müsste ein Goldverbot international koordiniert werden - ein praktisch unmögliches Unterfangen.

3. Zu viele Besitzer

Über 40% der Deutschen besitzen heute physisches Gold. Eine Enteignung wäre politischer Selbstmord.

4. Praktische Undurchführbarkeit

Gold lässt sich, anders als Immobilien oder Bankkonten, leicht verstecken und ist für den Staat kaum auffindbar. Deshalb wird man sich als Staat vorrangig an diesen Werten bedienen.

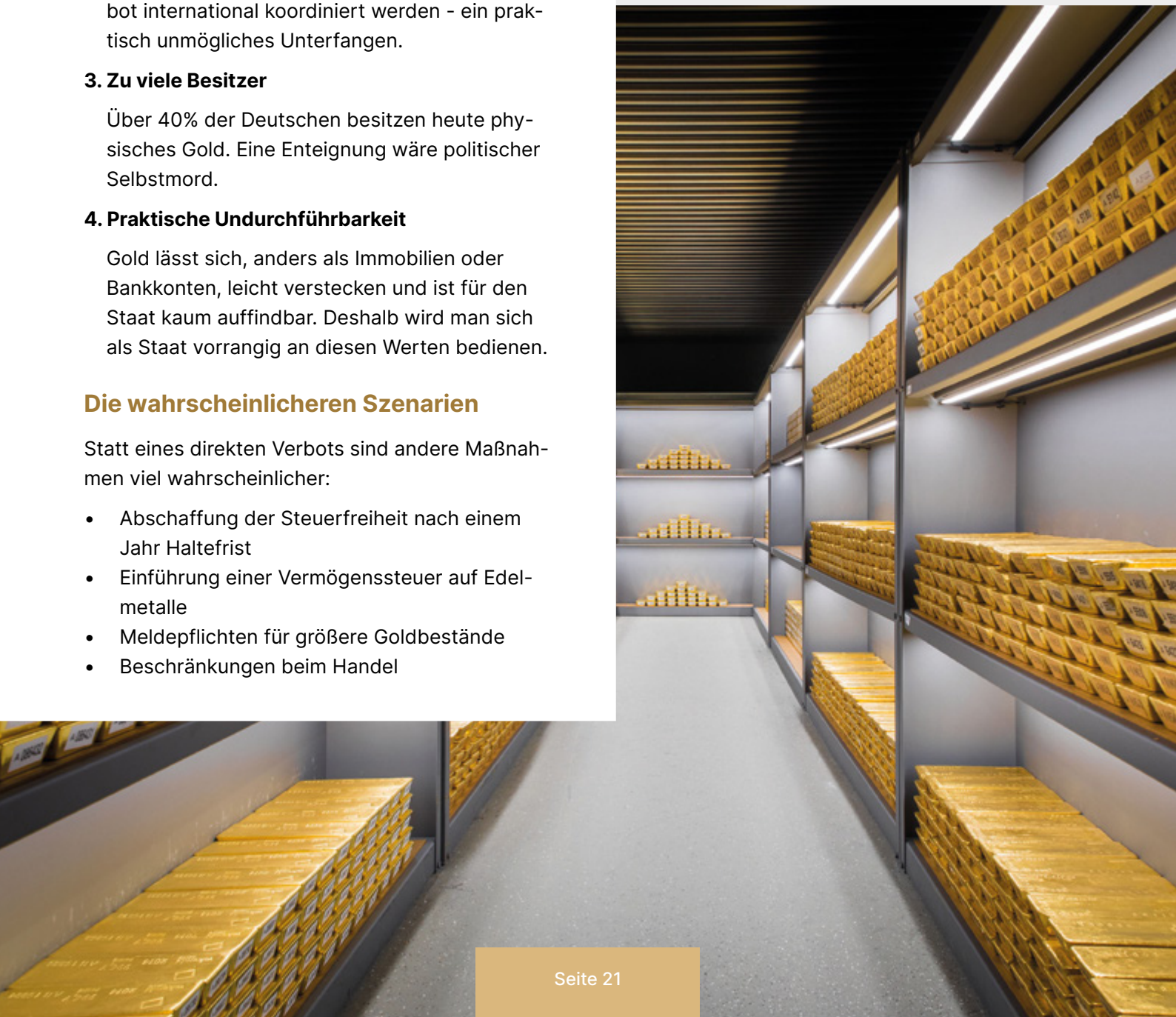
Die wahrscheinlicheren Szenarien

Statt eines direkten Verbots sind andere Maßnahmen viel wahrscheinlicher:

- Abschaffung der Steuerfreiheit nach einem Jahr Haltefrist
- Einführung einer Vermögenssteuer auf Edelmetalle
- Meldepflichten für größere Goldbestände
- Beschränkungen beim Handel

Was bedeutet das für Sie als Anleger?

Die Botschaft ist klar: Noch können Sie völlig legal und anonym Gold erwerben. Auch wir melden ihre Daten nicht! Die Steuerfreiheit nach einem Jahr Haltefrist macht physisches Gold zu einer der letzten echten Möglichkeiten der privaten Vermögenssicherung. Doch die Zeitfenster schließen sich. Wer sich gegen künftige Zwangsmaßnahmen absichern will, sollte nicht zu lange warten.



Praktische Schutzstrategien

Die Bedrohungen für Ihr Vermögen sind real - doch es gibt wirksame Gegenmaßnahmen. Entscheidend ist, dass Sie jetzt handeln, solange die Gestaltungsmöglichkeiten noch bestehen.

Vermögensdiversifikation als Grundprinzip

Die alte Weisheit „Lege nicht alle Eier in einen Korb" ist heute wichtiger denn je. Verschiedene Vermögensformen bieten unterschiedliche Vor- und Nachteile:

- Immobilien: Wertstabil, aber schwer teilbar und leicht zu besteuern
- Aktien: Flexibel, aber digital erfassbar und im Krisenfall einfrierbar
- Bankguthaben: Liquide, aber durch das SAG-Gesetz gefährdet
- Edelmetalle: Anonym, mobil und staatsfern – wenn richtig gelagert

Die Bedeutung der richtigen Lagerung

Ein Bankschließfach ist dabei keine sichere Option. Die Geschichte lehrt uns: Im Krisenfall werden Schließfächer versiegelt. Die besseren Alternativen:

- Eigener Tresor für kleinere Bestände
- Professionelle Lagerung im Nicht-EU-Ausland für größere Vermögen
- Kreative Versteckmöglichkeiten für den Notgroschen

Internationale Vermögensstreuung

Wer es sich leisten kann, sollte über die Grenzen hinaus denken. Aber Vorsicht: Die Wegzugsbesteuerung macht eine spätere Auswanderung teuer. Handeln Sie, solange Sie noch können:

- Vermögenswerte in stabilen Nicht-EU-Ländern
- Verschiedene Währungsräume nutzen
- Politisch sichere Jurisdiktionen wählen

Die richtige Stückelung macht den Unterschied

Bei physischen Edelmetallen ist die Wahl der richtigen Stückelung entscheidend:

- Kleinere Einheiten (1/10 oz Gold) für alltägliche Transaktionen
- Mittlere Stückelungen (1 oz) als flexible Reserve
- Größere Barren für langfristige Vermögenssicherung

Rechtliche Absicherung

Denken Sie auch an die rechtliche Struktur Ihres Vermögens:

- Familienstiftungen für größere Vermögen
- Sinnvolle Verteilung auf Familienangehörige
- Dokumentation der Herkunft von Vermögenswerten

Der Faktor Zeit

Die wichtigste Ressource ist Zeit. Jede Woche werden neue Gesetze und Verordnungen erlassen, die Ihre Handlungsmöglichkeiten einschränken. Was heute noch legal und einfach möglich ist, kann morgen bereits verboten oder stark reguliert sein.

Wehren Sie sich, solange Sie können

Die Faktenlage ist eindeutig: Unsere Staatsfinanzen sind zerrüttet, die Sozialsysteme unterfinanziert und die Kosten der „grünen Transformation“ explodieren. Diese gigantischen Summen werden nicht durch Wirtschaftswachstum oder höhere Steuern aufzubringen sein. Der Griff nach dem privaten Vermögen der Bürger wird für den Staat zur scheinbar einzigen Option.

Die Vorbereitungen dafür laufen bereits auf Hochtouren. Mit dem EU-Vermögensregister, dem digitalen Euro und der neuen Behörde AMLA entsteht ein perfektes System zur Überwachung und Kontrolle privater Vermögenswerte. Die schleichende Bargeldabschaffung, neue Meldepflichten und verschärfte Regulierungen sind weitere Mosaiksteine in diesem beunruhigenden Gesamtbild.

Die Geschichte wiederholt sich: Immer wenn Staaten über ihre Verhältnisse gelebt haben, mussten am Ende die Bürger die Rechnung bezahlen - durch Inflation, Währungsreformen oder direkte Enteignungen. Der entscheidende Unterschied zu früher: Die technischen Möglichkeiten zur Überwachung und Kontrolle privater Vermögen sind heute nahezu perfekt.

Doch es gibt noch Wege, sein Vermögen zu schützen. Physische Edelmetalle, die sich der digitalen Erfassung entziehen, sind dabei wichtiger denn je. Nicht ohne Grund kaufen die Zentralbanken selbst in historischem Ausmaß Gold - sie wissen, was auf uns zukommt.

Die Botschaft ist klar: Wer sein Vermögen schützen will, muss vorausschauend handeln. Noch sind anonyme Käufe möglich, noch gibt es die Steuerfreiheit nach der Haltefrist, noch können Sie frei über Ihr Eigentum verfügen. Nutzen Sie diese Freiheiten.

Bei Fragen zu den in diesem Ratgeber vorgestellten Strategien stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Unsere Experten beraten Sie unverbindlich und kostenlos. Vereinbaren Sie einfach einen Termin unter **07930-2699**.

Mit mahnenden Grüßen

Dominik Kettner

Jürgen A. Kettner

KETTNER EDELMETALLE
SEIT 2011

„Gold ist Geld, alles andere ist Kredit!“

J. P. Morgan, US–Bankier (1837 – 1913)